

Telefon: 0 233-49589
0-233-49572
Telefax: 0 233-49577

Sozialreferat
Stadtjugendamt
S-II-KJF/JA
S-II-KJF/PV

**Errichtung eines Neubaus im Rahmen der
Generalsanierung auf dem
Anwesen Schrenkstraße 8/Westendstraße 66a
Flurstück-Nr. 8111 und 8111/3,
8. Stadtbezirk Schwanthalerhöhe**

**für das Multikulturelle Jugendzentrum
Westend – MKJZ
Träger: Kreisjugendring München-Stadt
(Produkt 3.1.1)**

**für die Geschäftsstelle des
Kreisjugendrings München-Stadt
mit Wohneinheiten für das
Projekt „Jugendwohnen“**

**für ein Angebot der Kindertagespflege mit
„Mobiler Tagesbetreuungsperson (MobiTa)“
(Ersatzbetreuung von 75 Kindern, wobei max. 10
Kinder gleichzeitig anwesend sind)
(Produkt 2.1.3)**

**für eine Kindertageseinrichtung mit
zwei Hortgruppen (50 Kinder)
(Produkt 2.2.1)**

1. Zustimmung zur Planung
2. Genehmigung der vorläufigen Nutzerbedarfsprogramme
3. Erteilung des Vorplanungsauftrages
4. Zustimmung zur Trägerschaft

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 02234

7 Anlagen

**Beschluss des Kinder- und Jugendhilfeausschusses und des
Bildungsaus-schusses in der gemeinsamen Sitzung vom 07.07.2015 (VB)
Öffentliche Sitzung**

I. Vortrag der Referentin

1. Aufgabenstellung

Die Landeshauptstadt München ist Eigentümerin des Gebäudes an der Ecke Schrenkstraße 8/Westendstraße 66a, auf dem Grundstück Flst.Nr. 8111 und 8111/3 mit einer Größe von 3.535 m². Das Gebäude wird zu zwei Dritteln vom Sozialreferat/Stadtjugendamt (Nutzung Multikulturelles Jugendzentrum Westend) und wurde bis Ende 2014 zu einem Drittel vom Kulturreferat (Nutzung Stadtteilbibliothek) genutzt. Gemäß dem Münchner Facility Management (mfm) Mieter-Vermieter-Modell, ist das Gebäude seit dem 01.01.2012 dem Kommunalreferat als Vermieterreferat zugeordnet.

Bei dem Gebäude handelt es sich um einen eingeschossigen Stahlbetonbau mit Flachdach und vollständiger Unterkellerung. Das Gebäude besteht seit den 60er Jahren und sollte im Rahmen des Generalsanierungsprogramms (Beschluss des Kinder- und Jugendhilfeausschusses vom 11.07.2000) umfassend saniert werden. Im Rahmen des damaligen Untersuchungsauftrages wurden bereits 2003 bauliche und funktionale Mängel festgestellt. Mit Beschluss vom 30.11.2004 entschied der Stadtrat daher die vorgezogene Realisierung dringend notwendiger Brandschutzmaßnahmen.

Die Generalsanierung des Multikulturellen Jugendzentrums in der Westendstraße war ursprünglich ab 2010 geplant. Da die Sanierung des Gebäudeteiles "Freizeitstätte" nicht ohne das Teilgebäude "Bibliothek" geplant und durchgeführt werden konnte, war hier eine Beteiligung von seiten des Kulturreferates erforderlich. Mit Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 25.11.2009 wurde jedoch entschieden, dass die Stadtteilbibliothek in die Räumlichkeiten der Münchner Gesellschaft für Stadterneuerung mbH (MGS), Schießstättstraße 22, verlegt werden soll und dass der bisherige Gebäudeteil dem Sozialreferat/Stadtjugendamt zur weiteren Nutzung überlassen wird. Die Stadtteilbibliothek ist Ende 2014 in die neuen Räumlichkeiten umgezogen. Gemäß Beschlussfassung der Vollversammlung des Stadtrates vom 19.03.2014 werden die frei gewordenen Räume vorübergehend, bis zur Ausführung weiterer baulicher Maßnahmen, vom Träger Kreisjugendring München-Stadt als Ausstellungsraum und für jugendkulturelle Zwecke genutzt. Die Räume wurden dem Kreisjugendring München-Stadt am 15.12.2014 zur weiteren Nutzung übergeben.

Mit Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 28.07.2010 zu den „Generalsanierungsmaßnahmen und Ersatzbauten für 26 Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugend/kultur/arbeit, Zwischenbilanz und weiteres Vorgehen“ wurde beschlossen, die weiteren Maßnahmen innerhalb der Generalsanierung möglichst zügig umzusetzen. Im Rahmen der weiteren, vertieften Untersuchung der einzelnen Einrichtungen soll auch geprüft werden, ob an Stelle der Generalinstandsetzung ein Abriss und Neubau die wirtschaftlichere Lösung darstellt. Zudem wurde das Sozialreferat/Stadtjugendamt beauftragt, an allen Standorten die Schaffung geeigneter Maßnahmen für die Ganztagsbetreuung zu prüfen.

Das Referat für Bildung und Sport wurde diesbezüglich angefragt und hat im Ergebnis mitgeteilt, dass nach vorangegangener Bedarfsprüfung des Referates, am o.g. Standort ein Bedarf für eine Kindertageseinrichtung mit zwei Hortgruppen besteht. Eine Deckung dieses Bedarfes kann durch das Referat nicht erfolgen. Die Schaffung eines zweigruppigen Hortes soll daher in die Planungen mit aufgenommen werden.

Aufgrund der dringenden Bedarfslage soll zusätzlich für die Ersatzbetreuung der Kindertagespflege, das Angebot einer „Mobilen Tagesbetreuungsperson“ (= Ersatzbetreuung von 75 Kindern, wobei max. 10 Kinder gleichzeitig anwesend sind) mit eingeplant werden.

Der dargestellte zusätzliche Raumbedarf kann mit dem bestehenden Gebäude nicht abgedeckt werden. Da die Bausubstanz erhebliche Mängel aufweist, wird, auch in Hinblick auf eine damit wirtschaftlichere Ausnutzung des Grundstückes, ein Abriss und Neubau geplant.

Mit Schreiben vom 20.01.2010 schlug der Kreisjugendring München-Stadt vor, bei einem möglichen Neubau der Kinder- und Jugendeinrichtung auch Räume für die Geschäftsstelle des Kreisjugendrings München-Stadt in die Planung mit einzubeziehen. Derzeit hat der Kreisjugendring Räume für die Geschäftsstelle in einem Altbau in der Paul-Heyse-Straße angemietet. Das bestehende Mietverhältnis ist mittel- bis langfristig nicht gesichert. Die Räume sind in verschiedener Hinsicht (keine Barrierefreiheit, Büros zu klein oder im Durchgangsbereich, ständig notwendige Renovierungsarbeiten) als unbefriedigend anzusehen. Die Kosten für die Miete werden derzeit vom Sozialreferat im Rahmen der Förderung übernommen.

Die geplante Unterbringung der Geschäftsstelle des Kreisjugendrings München-Stadt als freiem Träger in einem städtischen Gebäude ist wie folgt zu begründen:

Dem Bayerischen Jugendring K.d.ö.R und seinen Untergliederungen, in München der Kreisjugendring München-Stadt, wird im Gesetz zur Ausführung der Sozialgesetze (AGSG) in den §§ 32 und 33 (4) eine Sonderstellung zugewiesen und die Übernahme hoheitlicher Aufgaben ermöglicht.

Der Kreisjugendring betreibt derzeit 53 städtische Freizeitstätten, Einrichtungen und Projekte der offenen Kinder- und Jugendarbeit und fördert die selbstorganisierte Tätigkeit von über 70 Jugendverbänden. Der Kreisjugendring übernimmt hoheitliche Aufgaben wie z.B. die Vergabe der Jugendverbandszuschüsse oder die Überwachung der Nachweispflichten der Jugendverbände nach SGB VIII § 72 a. So übt der Kreisjugendring Funktionen für die Landeshauptstadt München aus, die sonst durch die Stadtverwaltung ausgeübt werden müssten.

Der Kreisjugendring vertritt die Interessen aller Kinder und Jugendlichen der Stadt und fördert die Zusammenarbeit der Jugendverbände auf der Grundlage gegenseitiger Achtung, Solidarität und Partnerschaft. Gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen entwickelt und realisiert er eine Vielzahl von Ideen und Projekten und

leistet Beiträge zu sozialer Gerechtigkeit, Bildung, gesellschaftlicher Integration und Chancengleichheit. Daraus ergibt sich, dass jede Tätigkeit, die in der Geschäftsstelle des Kreisjugendrings ausgeübt wird, einen eindeutigen Bezug zu einer sozialen Nutzung hat.

Die Errichtung der Räume für die Geschäftsstelle des Kreisjugendrings soll daher in die Planung mit aufgenommen werden. Die Räume werden von der Stadt errichtet und dem Kreisjugendring dann auf der Basis eines Bewertungsgutachtens vermietet. Die Bereitstellung der Mittel für die Mietzahlungen erfolgt wie bisher über die Förderung freier Träger und fließt somit wieder an die Stadt als Eigentümerin zurück.

Des Weiteren schlug der Kreisjugendring München-Stadt vor, dass im Rahmen der Möglichkeiten, die ein Neubau bietet, zusätzlich Wohnraum geschaffen werden könnte für junge Menschen, die sich in Ausbildung befinden, die studieren oder die Berufsanfänger/innen sind. Dieser Wohnraum soll, vergleichbar mit den Angeboten des Studentenwerks, auf Zeit und zu günstigen Preisen zur Verfügung stehen, da diese jungen Menschen in der Regel nicht die Mittel haben, um die Preise des Münchner Wohnungsmarkts zu bezahlen.

Um zu klären, in wie weit die vorgesehenen möglichen Nutzungen baulich und genehmigungsrechtlich auf dem Grundstück Westendstraße 66 verwirklicht werden können, wurde das Baureferat seitens des Kommunalreferates beauftragt, eine entsprechende Bauvoranfrage zu stellen. Der Vorbescheidsantrag ging hierbei von einer maximalen Ausnutzung des Baurechts aus, die notwendig ist, um alle gewünschten Nutzungen in dem Gebäude unterzubringen.

Mit Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates im Februar 1979 liegt das betroffene Grundstück im Block 18 des förmlich festgelegten Sanierungsgebietes Westend. Im Sanierungsblock 18 hat sich im Laufe der letzten Jahre ein sensibles Miteinander unterschiedlicher Nutzergruppen eingestellt, was nicht nur die sich vor Ort befindenden Sozialeinrichtungen sondern insbesondere auch die Generationen und Stadtviertel übergreifende Nutzung der öffentlichen Gemeinschaftsgrünfläche betrifft. Sowohl die Freiflächennutzung wie auch das gemeinschaftliche Miteinander gilt es für die nächsten Jahre weiter zu stärken und zu sichern. Das schließt die Sicherung der internen Wegebeziehungen im Blockinnenbereich sowie die mehrfache Erschließung von außen ebenso ein wie die Nutzung der Aktionsfläche. Bei einem zukünftigen Neubau sind negative Auswirkungen auf die Nutzung der öffentlichen Freifläche als gefangene Gemeinschaftsgrünfläche im Blockinnenbereich auszuschließen.

1. Zur Reduzierung von unterbauten Flächen ist zu prüfen, inwieweit der aus der Baumaßnahme resultierende Stellplatznachweis in der vorhandenen MGS-Tiefgarage geführt werden kann.
2. Mit Schreiben des Referates für Stadtplanung und Bauordnung vom 01.10.2012

liegt ein überwiegend positiver Vorbescheid (Aktz. 602-1.7-2011-28395-23) vor. Dem darin enthaltenen Hinweis, dass für die konkrete Gebäudeplanung auf der Grundlage des Vorbescheides ein städtebaulicher Wettbewerb empfohlen ist, wird im Weiteren insofern entsprochen, dass das Baureferat im Rahmen des VOF-Verfahrens mit Ideenskizzen für die konkrete Objektplanung auch städtebauliche Gesichtspunkte in die Ausschreibung mit einfließen lassen wird. Die Ausschreibung für das VOF-Verfahren sowie die Auswahl des weiter zu bearbeitenden Entwurfes werden in enger Abstimmung mit dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung erfolgen. Eine diesbezügliche Vorabstimmung zwischen den Fachreferaten ist erfolgt.

3. In Abstimmung aller Fachreferate wird die Landeshauptstadt München Gespräche mit der Regierung von Oberbayern, zur weiteren Klärung eines möglichen Einsatzes von Städtebauförderungsmitteln, aufnehmen.

2. Bedarfsdarstellung für die einzelnen Funktionsbereiche

2.1 Konzept und Raumbedarf des Multikulturellen Jugendzentrums Westend – MKJZ

Das Multikulturelle Jugendzentrum Westend (MKJZ) ist eine stadtteilbezogene Einrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit für die Altersgruppe von 8 bis 18 Jahren. Der besondere Schwerpunkt ist die „interkulturelle Arbeit“, daneben sind die geschlechtsspezifische Arbeit mit Mädchen und Jungen, neue Medien, außerschulische Bildung, Emanzipation und Partizipation sowie Sport und Freizeitpädagogik weitere Arbeitsschwerpunkte. Das MKJZ arbeitet bedarfsorientiert und versteht sich als ein Ort, an dem man sich erholen, austoben und seine eigenen Fähigkeiten entwickeln kann.

Die Angebote richten sich nach den Bedürfnissen und Erfordernissen der Kinder und Jugendlichen. Mit den Angeboten werden unter anderen nachstehende Ziele verfolgt:

- Entwicklung und Stärkung der eigenen Identität und Geschlechterrolle bei den Kinder und Jugendlichen
- Erhöhung der Lebensqualität von Kindern und Jugendlichen, z. B. durch gesunde Ernährung, Bewegung und Entspannung
- Erwerb von sozialen Schlüsselkompetenzen: Handlungs- und Verhaltenskompetenz
- Erwerb von instrumentellen Fähigkeiten wie Medienkompetenz
- Entwicklung der politischen Beteiligungsfähigkeiten junger Menschen und ihrer interkulturellen Kompetenzen
- Unterstützung und Begleitung der Jugendlichen zu eigenverantwortlichem Handeln (tragbare Selbstkonzeption)
- Förderung der Partizipation, d.h. formelle Beteiligung von Besucherinnen und Besuchern bei der Planung und Gestaltung des Jugendzentrums und des

Programms

- Integration und Förderung von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen (Inklusion), integrative Arbeit mit Menschen mit und ohne Behinderung
- Förderung der außerschulischen Bildung, d.h. schulergänzende Maßnahmen sowie Maßnahmen zur beruflichen Orientierung, wie z. B. durch Bewerbungsschreiben, Hausaufgabenhilfen und Beratungen, Trainings "Motivation und Verantwortung"
- bestmögliche sozialräumliche Verantwortung der Einrichtung für das Einzugsgebiet wahrnehmen und bedarfsorientiert handeln. Die Einrichtung wird auch von vielen Jugendverbänden und Vereinen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, genutzt. Insgesamt ist bei den Räumen eine sehr hohe Auslastung zu verzeichnen.

Für das Multikulturelle Jugendzentrum Westend besteht derzeit kein Bedarf, das pädagogische Konzept grundsätzlich neu auszurichten.

Die Hauptnutzfläche mit den dazugehörigen Nebennutzflächen der Einrichtung beträgt bei dem derzeitigen Gebäude rund 1.026 m² (NF 1-6 gemäß DIN 277). Das Raumprogramm des derzeitigen Bestands des Multikulturellen Jugendzentrums ist in der Anlage 6 dargestellt.

Vom räumlichen Bedarf her ist bei einer Neubauplanung in etwa die bestehende Größe wieder einzuplanen. Gemäß vorläufigem Raumprogramm ist eine Nutzfläche von ca. 1.047 m² (NF 1-6 gemäß DIN 277) vorgesehen (siehe dazu Anlage 2). Die künftige Nutzfläche 7, die Technikflächen und die Verkehrsflächen können erst nach erfolgter Vorplanung benannt werden.

Der zukünftige Raumbedarf für das Multikulturelle Jugendzentrum Westend, wurde seitens der Einrichtung in mehreren Workshops zusammen mit den Kindern und Jugendlichen diskutiert. Das vorliegende vorläufige Nutzerbedarfsprogramm nimmt auf die Ergebnisse der Workshops Bezug. Bei der Planung sollten die entsprechenden räumlichen Voraussetzungen für Maßnahmen in den Bereichen Mittagsbetreuung/Hausaufgabenhilfe und Übergang Schule/Beruf (Kooperation mit Schule) berücksichtigt werden.

Eine Abstimmung mit dem Referat für Bildung und Sport/Geschäftsbereich Sport zur Sporthalle im Bereich des multikulturellen Jugendzentrums, wird im Zuge der Vorplanung erfolgen.

2.2 Konzept und Raumbedarf der Geschäftsstelle Kreisjugendring München-Stadt

Der Kreisjugendring München-Stadt führt neben den bereits unter 1. genannten Einrichtungen noch das Jugendinformationszentrum. Hinzu kommen Trägerschaften für Schulsozialarbeit und Kindertageseinrichtungen, der Betrieb des Jugendzeltlagers „Kapuzinerhölzl“ und die übertragene Durchführung der Jugendverbandsförderung.

In den Räumen der Geschäftsstelle in der Paul-Heyse-Straße sind neben Vorstandsbereich, Geschäftsführung, Öffentlichkeitsarbeit und Grundsatzreferat auch alle zentralen Dienste für die o.g. Einrichtungen (Organisationsentwicklung/ Personalmanagement/Finanzwesen/Bauunterhalt und zentrale Bewirtschaftung/ zentrale Fachangebote) sowie die Abteilungsleitungen der Einrichtungen und verschiedene Projekte untergebracht. Durch die vermehrten Übernahmen von Trägerschaften in den Bereichen Schulsozialarbeit und Kindertageseinrichtungen ist tendenziell davon auszugehen, dass auch die Verwaltungsaufgaben und damit verbunden, die Anzahl der Beschäftigten in der Geschäftsstelle steigen wird. Für die Berechnung des Flächenbedarfs für die Geschäftsstelle am Standort Westendstraße, wurde von zukünftig 88 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausgegangen.

Seitens des Kreisjugendrings sind derzeit in der Paul-Heyse-Str. 22 ca. 1.770,25 m² angemietet. Die Verkehrsflächen im Gebäude (Treppenhaus, Aufzug) sind nicht miteingerechnet.

Die Mietkosten netto betragen 275.117,88 € pro Jahr an Kaltmiete. Die Mietnebenkosten beliefen sich im Jahr 2013 auf 32.895,44 €. Die Mietkosten betragen zusammen mit den Mietnebenkosten derzeit ca. 308.013,32 € Warmmiete pro Jahr. Der Kreisjugendring München-Stadt erhält für die Mietkosten inkl. der Mietnebenkosten einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 275.119,00 € seitens der Landeshauptstadt München (siehe hierzu Anlage 3, Blatt „Folgekosten“).

Der Gesamtraumbedarf für die Geschäftsstelle des Kreisjugendrings im geplanten Neubau beträgt rund 2.021 m² gemäß DIN 277 (siehe dazu Anlage 3).

Miteinkalkuliert sind im zukünftigen Gesamtraumbedarf bereits das Projekt „Jugendwohnen“ (ca. 230 m²), dessen Verwaltung durch den Kreisjugendring München-Stadt durchgeführt werden soll, sowie Räume für die Ehrenamtlichen aus den Jugendorganisationen und Verbänden.

Abzüglich der Fläche für das Projekt „Jugendwohnen“, sind im geplanten Neubau für die Geschäftsstelle inkl. der Räume für die Jugendverbandsarbeit, gemäß vorläufigem Raumprogramm 1.791 m² (NF 1-6 gem. DIN 277) vorgesehen. Die künftige Nutzfläche 7, die Technikflächen und die Verkehrsflächen können erst nach erfolgter Vorplanung benannt werden.

Für die Berechnung des Raumprogramms für die Büroräume des Kreisjugendrings, wurde als Grundlage der Stadtratsbeschluss „Flächenbewirtschaftung Büroräume“ vom 23.11.2005 zugrunde gelegt. Der Kreisjugendring hat einen Zuwachs von zehn Arbeitsplätzen, von denen bereits acht durch zusätzliche Finanzierung seitens der Landeshauptstadt München realisiert sind. Für ca. fünf Arbeitsplätze steht derzeit nicht genügend Raum in der Geschäftsstelle zur Verfügung. Der Kreisjugendring sucht dringend nach weiteren anzumietenden Büroflächen.

Die Prüfung der Angemessenheit des vorliegenden, vorläufigen Raumprogramms für die Geschäftsstelle, wurde in Bezug auf die Büroräume vom Kommunalreferat im Vorfeld auf Plausibilität überprüft. Mit Schreiben vom 25.02.2015 teilt das Kommunalreferat diesbezüglich folgendes mit:

„Bei den Mitarbeitern des KJR handelt es sich nicht um städtisches Personal, die Räume sind daher keine städtischen Diensträume. Das Raumprogramm kann auf der Grundlage des Stadtratsbeschlusses zur „Flächenbewirtschaftung Büroräume“ vom 23.11.2005 nur auf Plausibilität hin geprüft werden.

Für die Geschäftsstelle des KJR werden laut Raumprogramm ca. 62 % der angegebenen Flächen für die Büronutzung KJR benötigt. Daneben sind ca. 48 % der benötigten Flächen für die Jugendverbandsarbeit, Jugendwohnen und Beratungsangebote vorgesehen.

Vom KJR wurde bei der Erstellung des Raumprogramms von 88 Mitarbeitern ausgegangen. Unter diesen Voraussetzungen errechnet sich gem. Beschluss zur „Flächenbewirtschaftung von Büroräumen“ eine Nettogrundfläche für die Büroflächen von insgesamt maximal 2.222 qm. Der Anteil der, im Raumprogramm für die Büronutzung vorgesehenen Flächen, liegt unterhalb dieses maximalen Wertes, der Flächenbedarf erscheint plausibel.“

Die übrigen Flächen für Besprechungsräume, Teeküchen, Foyer und Lagerflächen sowie das Projekt Azuro und Jugendwohnen, werden unabhängig von der Büronutzung, für die Jugendverbandsarbeit benötigt. Dabei handelt es sich um eine konzeptionell inhaltliche Arbeit des Kreisjugendrings. Die Räume werden regelmäßig für Schulungen, Fortbildungen und Konferenzen der Mitglieder und Jugendleiter der 70 Jugendverbände genutzt. Für die Bereitstellung dieser Räume gibt es keine Standards.

Seitens des Sozialreferates/Stadtjugendamt werden diese ergänzenden Räume für die Jugendverbandsarbeit und für das Projekt „Jugendwohnen“, bemessen nach Erfahrungswerten und Vergleichswerten zu bestehenden Jugendeinrichtungen mit

ähnlicher Nutzung und in vergleichbarer Größe, als angemessen beurteilt. Der tatsächliche Flächenanteil „Büroräume neu (Geschäftsstelle Westendstraße)“ im Vergleich zum angemieteten „Bürobestand (Geschäftsstelle Paul-Heyse-Straße)“, wird nach erfolgter Vorplanung mit Beschlussvorlage zum Projektauftrag dargestellt.

Eine überschlägige Ermittlung der zukünftig im geplanten Neubau an die Geschäftsstelle des Kreisjugendrings zu vermietenden Fläche und die Angabe der geschätzten Warm-/Kaltmiete, kann nach Mitteilung des Bewertungsamtes zum jetzigen Zeitpunkt der Planung nicht erfolgen. Aufgrund der unklaren Datenlage können sich bei der Mietwertermittlung ohne Weiteres Abweichungen in Höhe von 20 – 40 % oder mehr ergeben. Eine fundierte Mietwertermittlung ist erst nach erfolgter Vorplanung möglich, wenn die notwendigen Datengrundlagen (genaue Flächenangaben und Ausstattungsmerkmale) vorliegen.

2.3 Konzept und Raumbedarf für das Projekt „Jugendwohnen“

Das Projekt „Jugendwohnen“ soll jungen Volljährigen die Möglichkeit geben, ihre Ausbildung, ihre Tätigkeit als Freiwillige (Bundesfreiwilligendienst oder freiwilliges soziales Jahr) oder ihren beruflichen Start im sozialen Bereich in München unter günstigen Wohnbedingungen zu gestalten.

Die Wohnungen sind so anzulegen, dass sie zeitlich befristet und nicht dauerhaft genutzt werden. Dazu sind zwei Fünf-Zimmer-Wohnungen für jeweils fünf junge Menschen zu errichten. Die Wohnungen sind entsprechend dem Standard für Studentenwohnheime auszustatten. Eine Aufteilung in zwei Wohnungen mit Gemeinschaftsraum, Küche und jeweils fünf zugeordneten Zimmern mit jeweils eigener Nasszelle ist dafür notwendig. Die Gesamtfläche für Jugendwohnen ist beim zukünftigen Raumbedarf für die Geschäftsstelle bereits einkalkuliert. Die Verwaltung der Wohngruppen wird vom Kreisjugendring München-Stadt übernommen.

2.4 Konzept und Raumbedarf für die Ersatzbetreuung der Kindertagespflege „Mobile Tagesbetreuungsperson (MobiTa)“

Gemäß Stadtratsbeschluss vom 17.12.2008 sowie weiterer Folgebeschlüsse vom 27.06.2012 und vom 08.10.2013 soll die Ersatzbetreuung für die Tagespflege in München weiter ausgebaut werden. Die Ersatzbetreuung sichert für Ausfallzeiten „eine gleichermaßen qualifizierte Ersatzkraft“ (Art. 20 BayKiBiG) und trägt auf diese Weise zu einer qualitativen Weiterentwicklung der Kindertagespflege bei.

Bei dem Angebot der „Mobilen Tagesbetreuungsperson“ betreuen zwei mobile Tagesbetreuungspersonen (Erzieherinnen) max. 10 Tageskinder gleichzeitig in angemieteten Räumen, selten im privaten Haushalt der Tagesbetreuungsperson, wenn diese aus wichtigen Gründen (z.B. Krankheit) ausfällt. Wünschenswert bei

dieser Form der Ersatzbetreuung ist eine enge Kooperation mit dem künftigen Träger der geplanten Kindertageseinrichtung. Die dort angesiedelte KiTa-Leitung wäre gleichzeitig die Leitung der Mobilen Tagesbetreuungspersonen. Weitere Synergieeffekte ergeben sich für die Ersatzbetreuung/KiTa durch die gemeinsame Nutzung von Personalräumen, Küche, Reinigung sowie einer gegenseitigen Unterstützung in Notfällen, z.B. bei Unfällen (nicht bei Personalengpässen). Insgesamt wird dadurch die Ersatzbetreuung von ca. 75 Kindern ermöglicht. Die hohe Akzeptanz des Angebotes „Mobile Tagesbetreuung“ zeigt sich durch eine ständig wachsende Nachfrage und eine hohe Zufriedenheit der Eltern.

Das Angebot „Mobile Tagesbetreuungsperson“ ist kind- und betreuungszeitbezogen nach Art. 20 BayKiBiG und, soweit es Plätze für unter dreijährige Kinder betrifft, evtl. auch aus Bundesmitteln nach der „Richtlinie zur Förderung der Betriebskosten von Plätzen für Kinder unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen und in der Tagespflege vom 28.10.2009“ förderfähig.

Modellhaft kann für insgesamt 75 Kinder, davon 65 Kinder unter drei Jahren, bei einer durchschnittlichen Betreuungszeit von 31 Stunden pro Woche, mit einer Förderung nach BayKiBiG und Bundeszuschuss (für die Kinder unter 3 Jahren) in Höhe von jährlich rund 210.000 € gerechnet werden. Die Höhe der Sätze entspricht dem Stand von 2014, mit einer Erhöhung der Zuschusssätze sowie der Betreuungsstunden ist zu rechnen.

Der Raumbedarf für die MobiTa beläuft sich entwurfsabhängig insgesamt auf ca. 75 - 135 m² (siehe dazu Anlage 4). Direkt zugeordnete Freiflächen sind zwar wünschenswert, können aber auch als Kompromisslösung durch die Mitnutzung von öffentlichen Grün- bzw. Bewegungsflächen sichergestellt werden. Der Raumbedarf hängt ab von einer Mitnutzungsmöglichkeit der Räume der anderen Einrichtungen im Haus. Wichtig sind ein großer Betreuungsraum von ca. 30 - 40 m² mit Küchenzeile und ein Ruheraum mit Wickelplatz (möglichst mit Handwaschbecken) sowie ein eigener Eingangsbereich mit Kinderwagenabstellmöglichkeit. In unmittelbarer Nähe davon soll die Personaltoilette und die Kindertoilette (ebenfalls mit Wickelplatz) liegen, da die Mobilen Tagesbetreuungspersonen allein bis zu fünf Tageskinder betreuen dürfen.

Durch die räumliche Nähe zur geplanten Kindertageseinrichtung könnten bei einer gemeinsamen Trägerschaft z.B. ein Büroarbeitsplatz (PC-Zugang), der Personalraum, der Lagerraum, die Küchenversorgung und die Wäschereinigung der Kindertageseinrichtung von der MobiTa mitgenutzt werden.

2.5 Konzept und Raumbedarf für eine Kindertageseinrichtung mit zwei Hortgruppen

Das Sozialreferat/Stadtjugendamt wurde mit Beschluss des Stadtrates vom 28.07.2010 (Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 04166) beauftragt, an allen Standorten die Schaffung geeigneter Maßnahmen für die Ganztagesbetreuung zu prüfen. Das Referat für Bildung und Sport wurde diesbezüglich angefragt und hat im Ergebnis mitgeteilt, dass nach vorangegangener Bedarfsprüfung des Referates ein Bedarf für eine Kindertageseinrichtung mit zwei Hortgruppen besteht. Diese soll in den Gesamtneubau integriert werden.

Das zu realisierende Bauvorhaben liegt im Einzugsbereich des Sprengels der Grundschule an der Guldeinstraße und am Rande des Sprengels der Grundschule an der Bergmannstraße. Die ganztägige Betreuung (Hort- und Mittagsbetreuung) im Bereich des Sprengels an der Grundschule Guldeinstraße liegt momentan bei 82 %. Trotz eines relativ guten ganztägigen Versorgungsgrades von 82 % - bei einem stadtweiten Versorgungsziel von 80 % - bestanden am Hort des Vinzentius-Zentralvereins im Sprengel der Grundschule an der Guldeinstraße im Oktober 2012 noch 29 Vormerkungen. Der Versorgungsgrad mit ganztägiger Betreuung liegt jedoch im Sprengel der Grundschule an der Bergmannstraße bei lediglich 39 % - mit einem Defizit von 41 % (150 Betreuungsplätze) zum städtischen Versorgungsziel.

Die Errichtung eines Hortes an der Schrenkstr.8/Westendstr. 66a ist daher dringend notwendig, um die Deckung der ganztägigen Betreuung an beiden Schulen in den kommenden Jahren zu gewährleisten.

Eine Deckung dieses Bedarfes kann durch das Referat nicht erfolgen. Die Schaffung eines zweigruppigen Hortes soll daher in die Planungen aufgenommen werden. Der zusätzliche Raumbedarf für die Kindertageseinrichtung beläuft sich auf ca. 337 m² Nutzfläche gemäß DIN 277 (siehe dazu Anlage 5).

3. Trägerschaft

Die Freizeitstätte Multikulturelles Jugendzentrum Westend – MKJZ befindet sich bereits seit der Eröffnung im Jahr 1964 in Trägerschaft des Kreisjugendrings München-Stadt. Seit 1981 besteht ein Vertragsverhältnis zwischen dem Träger und dem Sozialreferat. Diese Trägerschaft hat sich bewährt und wird daher weitergeführt.

Mit Stadtratsbeschluss vom 26.01.2011, Start der stufenweisen Einführung der Münchner Förderformel für Kindertageseinrichtungen, werden grundsätzlich alle ab 2012 in Verantwortung der Landeshauptstadt München fertig gestellten Kindertageseinrichtungen freigemeinnütziger und sonstiger Träger nach öffentlicher

Bekanntmachung über das Trägerschaftsauswahlverfahren zur Trägerschaft angeboten. Sollten gewichtige Gründe vorliegen, die ein Abweichen vom Verfahren rechtfertigen lassen, obliegt dem Stadtrat die Entscheidung über eine Direktvergabe. Grundsätzlich wird eine frühzeitige Trägerentscheidung sehr befürwortet, um den jeweiligen Träger bereits in die Planungen miteinzubeziehen.

Im geplanten Gesamtneubau an der Schrenkstraße 8/Westendstraße 66a wird es nach Abschluss der Baumaßnahmen neben der Freizeitstätte Multikulturelles Jugendzentrum Westend auch eine Kindertageseinrichtung mit zwei Hortgruppen in freier Trägerschaft geben. Der Kreisjugendring München-Stadt als Träger der Freizeitstätte hat Interesse angemeldet, auch die Trägerschaft für den neuen Hort zu übernehmen.

Noch sind weder die baulichen noch die konzeptionellen Planungen so weit fortgeschritten, dass konkrete Aussagen gemacht werden könnten, welche Synergieeffekte durch eine gemeinsame Trägerschaft entstehen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass aufgrund der geringen Grundfläche und des daher notwendigen kompakten Gebäudes über die gemeinsame Nutzung von Räumen und Fluren insgesamt Flächen eingespart werden könnten. Prinzipiell könnten sich Synergieeffekte im baulichen Bereich durch die gemeinsame, ggf. zeitversetzte Nutzung verschiedener Angebotsräume (Kinderküchenzeile, Sportraum, Mehrzweckraum, Kicker etc.), von Fluchtwegen, Aufzügen, Lagerräumen und Personalräumen ergeben. Um den besonderen Ansprüchen des Hortkonzepts nach dem städtischen Raumprogramm zu genügen, sind die Gruppenhaupträume, Gruppennebenräume, ausreichend Sanitärräume sowie die Verbindungsgänge dem Hort zuzuordnen.

Naheliegender ist, dass die räumliche Verbundenheit auch konzeptionelle Möglichkeiten eröffnet.

- Die enge räumliche Verbundenheit, die automatisch entstehen wird, würde dem Träger die Möglichkeit bieten, die Kinder und Jugendlichen optimal aus einer Hand zu betreuen. Übergänge vom Hort zur Freizeitstätte können im Sinne einer ganzheitlichen Pädagogik konzeptionell geschaffen werden. Die verschiedenen Einrichtungstypen können sich mit ihren jeweiligen Profilen altersgruppenübergreifend ergänzen.
- Abgrenzungsprobleme können bestmöglich vermieden bzw. gelöst werden.

Wichtig ist hierbei, dass der Träger bei der Entwicklung des Raumangebots von Beginn an und fortlaufend intensiv beteiligt wird, um so das Konzept parallel zu gestalten.

Weitere Vorteile der gemeinsamen Trägerschaft wären:

- geringerer Abstimmungsbedarf
- integrierte Interaktion mit Partnerinnen und Partnern, wie z.B. Schule, Schulsozialarbeit
- Nutzung trägerinterner Angebote

Wie bereits die positiven Erfahrungen zur Maßnahme Schäferwiese (Erweiterung der Grundschule mit Kindergarten und Freizeittreff) zeigten, wäre es natürlich sinnvoller, wenn die Freizeitstätte und der Hort bei gemeinsamer Nutzung verschiedener Räume unter einer Trägerschaft geführt werden könnten.

Auf Grundlage der obengenannten Kriterien wird daher dem Stadtrat vorgeschlagen, aufgrund der besonderen Gegebenheiten bei dieser Planung ausnahmsweise davon abzusehen, diese Einrichtung für das Trägerschaftsverfahren auszuschreiben, sondern einer Direktvergabe an den bereits bestehenden Träger der Freizeitstätte, dem Kreisjugendring München-Stadt, zuzustimmen.

Wie bereits unter Punkt 2.4 beschrieben, soll aufgrund der positiven Synergien auch das Angebot der Mobilen Tagesbetreuungsperson unter derselben Trägerschaft wie die Kindertagesbetreuung geführt werden. Dasselbe gilt für die Trägerschaft für das Projekt „Jugendwohnen“.

4. Finanzierung

4.1 Investitionskosten

Gemäß Umsetzung des Münchner Facility Managements (mfm) ist die Maßnahme „Jugendfreizeitstätte Westendstr. 66a“ bislang im Mehrjahresinvestitionsprogramm 2014 – 2018 in der Investitionsliste 2 beim Unterabschnitt 0640, Maßnahmennummer 4008, Rangfolge-Nr. 420, mit Planungskosten eingestellt (ehemalig 4602.7555).

Das Multikulturelle Jugendzentrum Westend – MKJZ, die Geschäftsstelle des Kreisjugendrings München-Stadt mit Wohneinheiten für das Projekt „Jugendwohnen“, das Angebot der Kindertagespflege mit „Mobiler Tagesbetreuungsperson (MobiTa)“ und die Kindertageseinrichtung mit zwei Hortgruppen sollen auf demselben Grundstück und aus wirtschaftlichen Gründen in einem Baukörper verwirklicht werden. Folglich handelt es sich um ein gemeinsames Bauvorhaben für das gemäß mfm das Vermieterreferat Kommunalreferat zuständig ist.

Gemäß Umsetzung des Münchner Facility Managements (mfm) sind deshalb o.g. Maßnahmen im Mehrjahresinvestitionsprogramm 2014 – 2018 zusammen zu fassen und die Maßnahme mit der neuen Bezeichnung „Freizeitstätte, Geschäftsstelle KJR,

Jugendwohnen, Mobile Tagesbetreuungsperson, Kindertageseinrichtung mit zwei Hortgruppen, Westendstraße“ zu versehen.

Die erforderlichen Planungskosten werden auf der Finanzposition 6010.940.9910.3 bereit gestellt. Nach erfolgter Vorplanung durch das Baureferat auf Basis der genehmigten vorläufigen Nutzerbedarfsprogramme und der Ermittlung von Kosten aufgrund dieser Vorplanung wird das Projekt dem Stadtrat zur Erteilung des Projektauftrages wieder vorgelegt. Das Mehrjahresinvestitionsprogramm wird in diesem Zuge angepasst.

Für die Ersteinrichtung der neuen Räume für das Multikulturelle Jugendzentrum Westend – MKJZ, für das Projekt „Jugendwohnen“, für das Angebot „Mobile Tagesbetreuungsperson (MobiTa)“ und für die Kindertageseinrichtung mit zwei Hortgruppen werden Ersteinrichtungsmittel benötigt. Die Höhe der benötigten Ersteinrichtungsmittel werden im Zuge der Vorplanung ermittelt und zusammen mit den Baukosten dem Stadtrat zur o.g. Erteilung des Projektauftrages vorgelegt und beim Vermieter Kommunalreferat im Mehrjahresinvestitionsprogramm im Unterabschnitt 0640 veranschlagt. Nach Erteilung der Ausführungsgenehmigung werden die Ersteinrichtungsmittel zugunsten der Nutzerreferate (Sozialreferat und Referat für Bildung und Sport) abgespalten. Das Kommunalreferat meldet dazu alle Mittel zum Haushalt an und veranlasst eine Übertragung der Mittel und die Korrektur des Mehrjahresinvestitionsprogramms im Wege der Veranschlagungsberichtigung.

4.2 Folgekosten

Für den Betrieb des Multikulturellen Jugendzentrums Westend (MKJZ) werden keine weiteren Folgekosten entstehen. Die neue Einrichtung kann mit den Personal- und Sachkosten im Umfang der bisherigen Zuschusssumme betrieben werden. Mit dieser Zuschusssumme stellt der Träger Kreisjugendring München-Stadt u.a. das gesamte Personal. Der Landeshauptstadt München entstehen somit keine personellen Folgekosten.

Für den Betrieb der Geschäftsstelle des Kreisjugendrings München-Stadt entstehen keine weiteren Folgekosten. Die Geschäftsstelle kann mit den Personal- und Sachkosten im Umfang der bisherigen Zuschusssumme betrieben werden. Mit dieser Zuschusssumme stellt der Träger Kreisjugendring München-Stadt u.a. das gesamte Personal. Der Landeshauptstadt München entstehen somit keine personellen Folgekosten.

Für den Betrieb des Projekts „Jugendwohnen“, für das die Geschäftsstelle Kreisjugendring München-Stadt die Verwaltung übernimmt, entstehen keine weiteren

Folgekosten für die Landeshauptstadt München. Der Verwaltungs- und Unterhaltsaufwand wird so kalkuliert, dass eine Deckung der Kosten über die Mieteinnahmen erfolgen kann.

Für den Betrieb der Kindertageseinrichtung mit zwei Hortgruppen wird davon ausgegangen, dass grundsätzlich nur die gesetzlichen und die Fördermittel von der Landeshauptstadt München gemäß der Münchner Förderformel beansprucht werden. Im Verwaltungshaushalt stehen Finanzmittel bei der Finanzposition 4647.700.0000.6 „An Verbände der freien Wohlfahrtspflege“ bzw. im Produkt- und Ausgabenbudget des Referates für Bildung und Sport bei dem Produkt 2.3 „Koordination und Aufsicht der Horte in nicht-städtischer Trägerschaft“ zur Verfügung. Die werden im CO-Innen-auftrag 599523000 bzw. 599523004 abgebildet.

Die Folgekosten für den Betrieb der Einrichtung der „Mobilen Tagesbetreuungsperson (MobiTa)“ werden dem Stadtrat – zu gegebener Zeit - in einer weiteren Beschlussvorlage zur Abstimmung vorgelegt. Für die Folgekosten müssen voraussichtlich ca. 155.000 € kalkuliert werden. Da die Trägerschaft der „Mobilen Tagesbetreuungsperson (MobiTa)“ an den Kreisjugendring München-Stadt ergehen soll, stellt der Träger mit der voraussichtlichen Zuschusssumme u.a. das gesamte Personal. Der Landeshauptstadt München entstehen somit keine personellen Folgekosten.

Die zu erwartenden Gebäude-Folgekosten werden im Rahmen der Vorplanung ermittelt und mit dem Projektauftrag zur Einstellung in den Haushalt angemeldet.

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Angelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses des 8. Stadtbezirkes Schwanthalerhöhe vorgeschrieben (vgl. BA-Satzung, Anlage 1, Katalog Sozialreferat, Nr. 1).

Das Gremium hat sich in seiner Sitzung am 10.02.2015 mit der Beschlussvorlage befasst und beiliegende Stellungnahme (Anlage 7) einstimmig beschlossen.

Hierzu nimmt das Sozialreferat/Stadtjugendamt wie folgt Stellung:

zu 1.: Es wird auf die Ausführungen im Vortrag unter 1. Aufgabenstellung, Seite 4, letzter Absatz, 2., verwiesen: „Mit Schreiben des Referates für Stadtplanung und Bauordnung vom 01.10.2012 liegt ein überwiegend positiver Vorbescheid (Aktz. 602-1.7-2011-28395-23) vor.“ Die Umsetzung dieses Vorbescheides wird im weiteren Planungsverlauf konkretisiert.

zu 2.: Gemäß vorläufigem Raumprogramm für den Neubau des Multikulturellen Jugendzentrums wird mindestens die bestehende Größe der Einrichtung erhalten bleiben. In Bezug auf die Freiflächen wird auf die Ausführungen im Vortrag unter 1. Aufgabenstellung, Seite 4, letzter Absatz verwiesen.

zu 3.: Gemäß § 80 SGBVIII werden die Träger der freien Jugendhilfe frühzeitig in die Planungen eingebunden und am Planungsprozess beteiligt. Unter Federführung des Multikulturellen Jugendzentrums bzw. des Trägers Kreisjugendring München-Stadt ist auch weiterhin die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der sie betreffenden Planung gesichert.

zu 4.: Im Rahmen der Vorplanung wird auch die Interimsmaßnahme geplant, die notwendig ist, um den Betrieb der Freizeitstätte für Kinder und Jugendliche aufrecht zu erhalten und die Nutzungsmöglichkeiten für die diversen Fremdnutzergruppen bietet. Sollte eine Interimsfläche für den Ersatzbau gesucht werden, wird der Bezirksausschuss des 8. Stadtbezirkes rechtzeitig einbezogen.

Die Beschlussvorlage ist mit dem Referat für Bildung und Sport, dem Kommunalreferat, dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung, dem Baureferat und der Stadtkämmerei abgestimmt.

Dem Korreferenten, Herrn Stadtrat Müller, den Verwaltungsbeirätinnen, Frau Stadträtin Koller und Frau Stadträtin Pfeiler, der Stadtkämmerei, dem Referat für Bildung und Sport, dem Kommunalreferat, dem Baureferat, dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung, der Vorsitzenden, den Fraktionssprecherinnen bzw. Fraktionssprechern und der/dem Kinderbeauftragten sowie der/dem Jugendbeauftragten des Bezirksausschusses des 8. Stadtbezirkes, dem Behindertenbeirat, dem Behindertenbeauftragten, dem städtischen Beraterkreis barrierefreies Planen und Bauen, der Frauengleichstellungsstelle und dem Sozialreferat/Stelle für interkulturelle Arbeit ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

II. Antrag der Referentin

Der Kinder- und Jugendhilfeausschuss und der Bildungsausschuss beschließen als vorbereitende Ausschüsse:

1. Der Planung eines Neubaus auf dem Anwesen Schrenkstr.8/Westendstr. 66a für das Multikulturelle Jugendzentrum Westend – MKJZ, für die Geschäftsstelle des Kreisjugendrings München-Stadt mit Wohneinheiten für das Projekt „Jugendwohnen“, für das Angebot der Kindertagespflege mit „Mobiler Tagesbetreuungsperson (MobiTa)“ und für die Kindertageseinrichtung mit zwei Hortgruppen wird zugestimmt.
2. Die vorläufigen Nutzerbedarfsprogramme für die Freizeitstätte Multikulturelles Jugendzentrum Westend – MKJZ, für das Angebot der Kindertagespflege mit „Mobiler Tagesbetreuungsperson (MobiTa)“ und für die Kindertageseinrichtung mit zwei Hortgruppen werden genehmigt.
3. Das vorläufige Nutzerbedarfsprogramm für die Geschäftsstelle des Kreisjugendrings München-Stadt mit Wohneinheiten für das Projekt „Jugendwohnen“ wird genehmigt. Der Errichtung der Räume im Rahmen der Gesamtmaßnahme und einer anschließenden Vermietung an den Kreisjugendring München-Stadt wird zugestimmt.
4. Einer Direktvergabe der Kindertageseinrichtung mit zwei Hortgruppen, des Angebotes der „Mobilen Tagesbetreuungsperson (MobiTa)“ und des geplanten Projektes „Jugendwohnen“ an den bereits bestehenden Träger der Kinder- und Jugendfreizeitstätte, dem Kreisjugendring München-Stadt, wird zugestimmt. Damit erhält der Kreisjugendring München-Stadt die Trägerschaft für die Gesamteinrichtung. Die Förderung der Kindertageseinrichtung richtet sich nach den Richtlinien zur Trägerschaftsvergabe, d.h. es werden die gesetzlichen Zuschüsse gewährt und die freiwilligen Leistungen der Münchner Förderformel, soweit deren Voraussetzungen gegeben sind.
5. Das Kommunalreferat hat in enger Abstimmung mit den Nutzern die Grundlagen der Vorplanung festgelegt. Das Baureferat wird beauftragt, auf dieser Basis die Vorplanung zu erarbeiten.
6. Das Kommunalreferat wird beauftragt, zum gegebenen Zeitpunkt den Projektauftrag im Stadtrat herbeizuführen.

7. Die Förderung der Kindertageseinrichtung erfolgt neben der gesetzlichen Förderung nach BayKiBiG zusätzlich aus Mitteln der Münchner Förderformel, welche haushaltstechnisch bei der Finanzposition 4647.700.0000.6 "An Verbände der freien Wohlfahrtspflege" bzw. im Produkt- und Ausgabenbudget des Referats für Bildung und Sport bei dem Produkt 2.3 „Koordination und Aufsicht der Horte in nicht-städtischer Trägerschaft“ zur Verfügung stehen. Diese werden im CO-Innenauftrag 599523000 bzw. 599523004 abgebildet.
8. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Die endgültige Beschlussfassung obliegt der Vollversammlung des Stadtrates.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München
Kinder- und Jugendhilfeausschuss
Bildungsausschuss

Die Vorsitzende

Die Referentin

Christine Strobl
Bürgermeisterin

Brigitte Meier
Berufsm. Stadträtin

IV. Abdruck von I. mit III.

über den Stenographischen Sitzungsdienst
an das Direktorium – Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt
z.K.

V. Wv. Sozialreferat

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2. **An das Sozialreferat, S-III-M**

An die Frauengleichstellungsstelle

An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung

An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung, HA III/31

An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung, HA II/23

An das Kommunalreferat

An das Kommunalreferat, KR-IM-KS

An das Kommunalreferat, KR-RV-V

An das Kommunalreferat KR/GL-2

An das Baureferat

An das Baureferat, H 2

An das Referat für Bildung und Sport

An das Referat für Bildung und Sport, RBS-ZIM-1

An das Referat für Bildung und Sport., RBS-KITA-FT

An das Referat für Bildung und Sport, RBS-KITA-GST-AV

An den Behindertenbeauftragten

An den Behindertenbeirat

An die Vorsitzende, die Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher, die/den Kinderbeauftragte/n sowie die/den Jugendbeauftragte/n des Bezirksausschusses des 8. Stadtbezirkes (9 x)

An den städtischen Beraterkreis barrierefreies Planen und Bauen, S-I-AB

An das Sozialreferat, S-Z-F/H

An das Sozialreferat, S-Z-F/H-AV

An das Sozialreferat, S-Z-F/H-PV

An das Sozialreferat S-Z-F/Rw

An das Sozialreferat, S-Z-SP

An das Sozialreferat S-II-LG

An das Sozialreferat S-II-KJF/JA

An das Sozialreferat S-II-KJF/PV

z.K.

Am

I.A.

